

## **Gesetz zum Schutz von Umweltaktivist\*innen: Chile muss dringend handeln, der Kongress hat die Möglichkeit, Fortschritte zu erzielen**

Santiago, 6. Oktober 2025 – Am kommenden Dienstag, dem 7. Oktober, wird die Abgeordnetenversammlung des chilenischen Nationalkongresses den Gesetzentwurf zum Schutz von Umweltaktivist\*innen (Boletín 16.886-12) diskutieren und zur Abstimmung bringen, dessen Verabschiedung vor 16 Monaten begonnen hat.

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, Personen anzuerkennen und zu schützen, die sich in Chile für den Umweltschutz einsetzen und dafür Opfer von körperlichen Übergriffen und Einschüchterungsversuchen werden. Dazu gehören Nachbarschaftsgruppierungen, die illegale Mülldeponien anzeigen, Organisationen, die illegale Abholzung von heimischen Wäldern anprangern, oder normale Bürger\*innen, die auf Umweltprobleme in ihren Gemeinden aufmerksam machen und dadurch einem besonderen Risiko ausgesetzt sind.

Dieses Projekt legt klare Definitionen fest (z. B. wer Menschenrechtsverteidiger\*innen sind, was eine Aggression und was ein sicheres Umfeld ist). Es listet auch Leitprinzipien wie Gleichheit, Prävention, Treu und Glauben, interinstitutionelle Koordination und Generationengerechtigkeit auf, um die Umsetzung des Gesetzes zu leiten. Diese Grundsätze stehen im Einklang mit dem Regionalabkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik (Escazú-Abkommen), das das Land 2022 unterzeichnet hat und dessen Umsetzung laut einer Untersuchung der NGO Escazú Ahora noch in den Kinderschuhen steckt.

Dies ist das erste Mal, dass der Schutz von Umweltaktivist\*innen auf gesetzgeberischer Ebene diskutiert wird. Die Debatte findet vor dem Hintergrund statt, dass das Verschwinden der Mapuche-Aktivistin Julia Chuñil weltweit für Aufsehen gesorgt und den Mangel an geeigneten Mechanismen zur Prävention, zum Schutz und zur Wiedergutmachung für diejenigen offenbart hat, die im Zusammenhang mit dem Umweltschutz Gewalt ausgesetzt sind.

Laut der Organisation Global Witness wurden zwischen 2012 und 2024 weltweit mehr als 2.253 Umweltschützer\*innen ermordet. Rund 80 % der dokumentierten Fälle stammen aus Lateinamerika. Chile bildet da keine Ausnahme: Laut dem letzten Bericht von Escazú Ahora wurden zwischen 2023 und 2024 mehr als 80 Angriffe auf 47 Umweltschützer\*innen im Land dokumentiert, darunter Verleumdungskampagnen, Morddrohungen und vor allem körperliche Übergriffe (48,9 %).

Die unterzeichnenden Organisationen fordern den chilenischen Staat auf, über seine Legislative diesen Gesetzentwurf zu verabschieden, der im Einklang mit den Verpflichtungen zur Schaffung einer umweltpolitischen Regierungsführung im Land steht. Wir bitten darum, dass die Diskussion im Rahmen der Bedeutung der Stärkung des Schutzes derjenigen geführt wird, die eine Rolle ausüben, die laut der Interamerikanischen Menschenrechtskommission für die Demokratie von grundlegender Bedeutung ist.

Schließlich fordern wir den Kongress auf, diejenigen, die an vorderster Front für den Schutz des Territoriums, der Gemeingüter und der Umwelt eintreten, in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und sicherzustellen, dass die Vorschriften ihren Bedürfnissen und den internationalen Standards entsprechen, zu denen sich Chile freiwillig verpflichtet hat.

Unterzeichnende:

Amnesty International – Chile

Centro por la Justicia y el Derecho Internacional (CEJIL) (Zentrum für Gerechtigkeit und internationales Recht)

Fundación Escazú Ahora Chile (Stiftung Escazú Ahora Chile)

Front Line Defenders

Greenpeace in Chile

Protection International

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://amnistia.cl/ley-de-proteccion-a-defensores-as-ambientales-chile-necesita-accion-urgente-y-el-congreso-tiene-la-oportunidad-para-avanzar/>